

BEFORE fordert bayerischen Entschädigungsfonds für die Opfer des NSU

- **Fünf von neun Todesopfern ermordete der NSU in Bayern.**
- **Das staatliche und behördliche Versagen sowie die Stigmatisierung der Angehörigen verstärkten die Folgen der Taten unter denen die Betroffenen bis heute leiden.**
- **Der Freistaat Bayern sollte die Betroffenen mit einem eigenen Entschädigungsfonds unterstützen.**

München, 8. November 2018 – BEFORE fordert die neue bayerische Landesregierung auf, mit der Einrichtung eines Entschädigungsfonds für die Betroffenen der Morde des rechtsterroristischen NSU ein deutliches Zeichen im Kampf gegen rechte Gewalt zu setzen.

Vor sieben Jahren wurde bekannt, dass der rechtsterroristische „Nationalsozialistische Untergrund“ (NSU) über Jahre hinweg zehn Menschen größtenteils aus rassistischer Motivation getötet oder schwer verletzt hatte. Fünf der neun Morde wurden in Bayern verübt, zwei davon in der Landeshauptstadt:

Enver Şimşek wurde am 9. September 2000 in Nürnberg, Abdurrahim Özüdoğru am 13. Juni 2001 in Nürnberg, Habil Kiliç am 29. August 2001 in München, Ismail Yasar am 9. Juni 2005 in Nürnberg und Theodoros Boulgarides am 15. Juni 2005 in München erschossen.

Angehörige der Opfer hatten vermutet, dass die Taten nicht wie von Sicherheitsbehörden und Medien angenommen mit organisierter Kriminalität, Drogengeschäften oder Prostitution in Verbindung standen, sondern rechts rassistisch motiviert waren. Statt ihre Aussagen ernst zu nehmen und ihren Befürchtungen nachzugehen, wurden die Betroffenen selbst zu Unrecht verdächtigt und wie Täter*innen behandelt. Es folgten soziale Isolierung und gesellschaftliche Stigmatisierung.

Die Ermittelnden in Bayern verfolgten wichtige Spuren nicht: Obwohl eine Zeugin am Nürnberger Tatort zwei Männer beobachtete und diese auf Aufnahmen aus dem Umfeld des Bombenanschlages in der Kölner Keupstraße wiedererkannte, wurde ihrer Aussage nicht nachgegangen. Hinterbliebene fragen sich, ob der NSU früher hätte gestoppt werden können, wenn Sicherheitsbehörden den Hinweisen von Zeug*innen und Angehörigen gefolgt wären.

Die Betroffenen leiden bis heute unter den Spuren, welche die mörderischen Taten des NSU in ihrem Leben hinterlassen haben – besonders die psychischen, aber auch die materiellen Folgen sind schwerwiegend. Mit diesen Auswirkungen darf der Freistaat die Menschen nicht alleinlassen. Die Serie von gezielten Morden wurde unter den Augen der bayerischen Behörden begangen, die als bundesweit wichtige Ermittelnde den rechten rassistischen Hintergrund über Jahre hinweg nicht erkannten. Ihr Umgang mit den Betroffenen verstärkte deren Leiden zusätzlich.

BEFORE fordert die neue Landesregierung auf, einen bayerischen NSU-Entschädigungsfonds einzurichten und sich so zur politischen Verantwortung des Freistaates gegenüber den Opfern, Angehörigen und Geschädigten der rechtsterroristischen Morde zu bekennen. Dieser soll eine unbürokratische und zeitnahe Unterstützung ermöglichen und finanzielle Belastungen lindern. „Durch einen Entschädigungsfonds kann der Freistaat den Betroffenen des NSU gezielt helfen. Thüringen hat im vergangenen Jahr mit einem eigenen Fonds vorgelegt, die bayerische Landesregierung sollte hier nachziehen und ein klares Zeichen für die Unterstützung von Betroffenen rechter Gewalt setzen“, sagt Christine Umpfenbach, BEFORE.

Für Interviewanfragen wenden Sie sich bitte an presse@before-muenchen.de.

BEFORE ist die Beratungsstelle für Betroffene von rechter, rassistischer Gewalt und Diskriminierung in München, weitere Informationen zu unserer Arbeit finden Sie auf www.before-muenchen.de.